

**ÖBB-Qualitätsoffensive mit negativem Vorzeichen:
Geisterzüge, Geisterbahnhöfe, Automatenfriedhöfe,
Vandalismus, etc. sind auf dem Vormarsch!**

**Letztverantwortung für diese
Qualitätsverschlechterungen liegt bei den zuständigen
PolitikerInnen! Trotz starker Schadstoffbelastung im
Tiroler Luftsanierungsgebiet bleibt die Einrichtung eines
kundenfreundlichen Bahnverkehrs als Alternative zum
motorisierten Individualverkehr auf der Strecke!**



Pressemeldung vom 10. März 2008

Der "ArbeitsKreis FAHRGAST Tirol" konstatiert, dass die ÖBB ihre völlig falsche Zukunftsstrategie fortsetzen, indem sie nicht auf vor Ort stationiertes menschliches Personal und dessen Kundendienst sondern auf Automaten, Videokameras und dergleichen setzen. Während das gehobene ÖBB-Management mit fürstlichen Gagen, welche zwischenzeitlich sogar den Rechnungshof beschäftigen, bedient wird, werden die im Kundendienst stehenden EisenbahnerInnen an der Basis zwecks Einsparungen auf Anordnung von "oben" fleißig wegrationalisiert.

Die aktuellen kundenfeindlichen Planungen der ÖBB für Tirol lauten: Wegrationalisierung der FahrdienstleiterInnen an den Bahnhöfe Fritzens-Wattens, Schwaz, Jenbach und Brixlegg!

In Jenbach wird es weiterhin einen Fahrkartenschalter geben. Die restlichen aufgezählten Bahnhöfe werden dagegen ohne ÖBB-Personal Geisterbahnhöfen bzw. Automatenfriedhöfen gleichen. Der Fahrgast kann sich auf zunehmenden Vandalismus einstellen.

Die Anzahl der Bahnhöfe, an denen Fahrgäste kein ÖBB-Personal, welches bei Bedarf hilfreich zur Seite stehen kann, vorfinden, wird also weiter erhöht. Wer z.B. in einem Rollstuhl sitzt, weiß aus eigener Erfahrung, dass die FahrdienstleiterInnen wichtige Ansprechpersonen sind. Aber auch bei der Sicherung von Anschlüssen im Verspätungsfall können vor Ort befindliche FahrdienstleiterInnen Fahrgästen immer wieder behilflich sein, um ein weiteres Beispiel zu nennen.

Die zunehmend kundenfeindlicher werdenden Gegebenheiten im Tirol Bahnverkehr der ÖBB lassen sich so auf den Punkt bringen:

Im Tiroler Inntal verkehren seit einigen Monaten tagsüber Geisterzüge ohne Kundenservice, da die ZugbegleiterInnen bekanntlich aus Kostengründen teilweise wegrationalisiert wurden. In Ergänzung dazu wird die Anzahl der personalfrei geführten Geisterbahnhöfe in Tirol schrittweise aufgestockt. Zwischen Innsbruck und dem Brenner gibt es ohnedies nur noch Geisterbahnhöfe ohne ÖBB-Personal. Zwischen Innsbruck und Scharnitz geistert es an allen Bahnhöfen mit Ausnahme von Seefeld. Im Tiroler Unterinntal wird es demnächst ähnlich aussehen und für das Tiroler Oberinntal oder das Tiroler Außerfern liegen dieselben Planungen in den ÖBB-Schubladen. Bis es im Brixental so weit sein wird, ist nur noch eine Frage der Zeit.

Und was machen die verantwortlichen PolitikerInnen? Die politisch Verantwortlichen leisten der Einführung von Geisterzügen und Geisterbahnhöfen, deren Kundendienst in erster Linie aus Vandalismus besteht, Vorschub. Denn von politischer Seite werden Verkehrsdiensteverträge unterschrieben, in welchen zwar steht, dass die Tiroler SteuerzahlerInnen viele Euromillionen an die ÖBB zu bezahlen haben. Aber in den Verkehrsdiensteverträgen wird von den politisch Verantwortlichen nicht klar festgeschrieben, dass als Gegenleistung für die Steuermillionen Bahnhöfe und Züge mit Personal zu besetzen sind, damit PendlerInnen, TouristInnen, Freizeitreisenden, Behinderten, älteren und gebrechlichen Personen, Reisenden mit Kinderwagen oder schwerem Gepäck etc. etc. ein adäquates Kundenservice angeboten wird.

Der "*ArbeitsKreis FAHRGAST Tirol*" hält pointiert fest, dass man von politischer Seite den ÖBB unser Steuergeld in den Rachen schmeißt, ohne dass in den Verkehrsdienstverträgen LEISTUNGSVEREINBARUNGEN, WELCHE GENAU UND DETAILLIERT REGELN, WAS DIE ÖBB ALS GEGENLEISTUNG ERBRINGEN MÜSSEN, festgeschrieben werden. Es bleibt den ÖBB überlassen, ob an den Bahnhöfen und in den Zügen ein gutes, ein miserables oder überhaupt kein Kundenservice angeboten wird. Die Steuermillionen fließen unabhängig von irgendwelchen detailliert ausformulierten Qualitätskriterien. Der Rechnungshof sollte sich daher nicht nur mit den fürstlichen Gagen des gehobenen ÖBB-Managements sondern auch mit den in den Verkehrsdienstverträgen trotz Zahlung von Steuermillionen nicht bzw. nur sehr mangelhaft festgeschriebenen Qualitätskriterien befassen. Immerhin gibt das Land Tirol 2008 etwas mehr als 68 Steuermillionen für den öffentlichen Verkehr aus. Zur Vermeidung von Missverständnissen, sei ausdrücklich betont, dass diese 68 Millionen NICHT den ÖBB allein zufließen. Mit diesem Geld werden vom Land Tirol 2008 beim öffentlichen Verkehr vielmehr ALLE Bestelleistungen bei Bussen und im Bereich Schiene abgedeckt. Wie allgemein bekannt sein dürfte, gibt es neben den ÖBB auch andere im öffentlichen Verkehr bei Bus und Bahn in Tirol tätige Unternehmen - selbstverständlich auch private -, welche am 68-Millionen-Kuchen mitverdienen.

Welche negative Entwicklung nicht vorhandene Qualitätskriterien nach sich ziehen können, sei exemplarisch am Osttirolverkehr deutlich gemacht. In früheren Jahren gab es zwischen Innsbruck und Lienz mehr umsteigefrei verkehrende Direktzüge als heute. Die ÖBB haben die Anzahl der umsteigefrei verkehrenden Direktzüge zwischen Innsbruck und Lienz vor Jahren reduziert, weil der politisch zu verantwortende, den Tiroler SteuerzahlerInnen jährlich viele Millionen kostende Verkehrsdienstvertrag mit den ÖBB so miserabel ausformuliert ist, dass diese Qualitätsverschlechterung möglich wurde, ohne dass den ÖBB ein Vertragsbruch nachgewiesen werden konnte.

Letztlich stellt sich mit Blick auf die bevorstehenden Tiroler Landtagswahlen auch die Frage, wozu wir PolitikerInnen, welche unter Rückgriff auf unser Steuergeld derart miserable Verkehrsdienstverträge abschließen, überhaupt noch brauchen. Für die nächste, den Tiroler Landtagswahlen folgende Legislaturperiode fordert der "*ArbeitsKreis FAHRGAST Tirol*" jedenfalls von den politisch Verantwortlichen Tirols den ABSCHLUSS EINES NEUEN VERKEHRSDIENSTVERTRAGES MIT DEN ÖBB, IN WELCHEM AUF PUNKT UND BEISTRICH GENAU GEREGLT WIRD, WELCHE GEGENLEISTUNGEN DIE ÖBB FÜR DAS EINGESETZTE STEUERGELD AUS TIROL INSBESONDERE IM BEREICH DES KUNDENDIENSTES ZU ERBRINGEN HABEN. Denn mit Einführung weiterer Geisterzüge und Geisterbahnhöfe werden die verantwortlichen PolitikerInnen die im stark schadstoffbelasteten Luftsanierungsgebiet lebende Bevölkerung Tirols nicht in nennenswertem Umfang zum Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr bewegen können. Die Steigerung der Fahrgastzahlen der letzten Jahre verläuft im Sinne einer Marginalisierung und führte bis jetzt zu keiner nachweisbaren Verbesserung der Luftgüte im stark schadstoffbelasteten Luftsanierungsgebiet. Der "*ArbeitsKreis FAHRGAST Tirol*" fordert daher neben den angesprochenen Verbesserungen im Kundendienst die umgehende Einführung eines flächendeckenden, kostengünstigen, attraktiven, aufeinander optimal abgestimmten öffentlichen Nahverkehrs bei Bus und Bahn.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Teißl
Sprecher des *ArbeitsKreises FAHRGAST Tirol*
Pirchanger 73
A-6130 Schwaz in Tirol
<http://www.fahrgast-tirol.at>